

**HAUSHALT UND FINANZEN
SANIEREN**
**DEUTSCHLAND GESTÄRKT
AUS DER KRISE FÜHREN**

Haushalt und Finanzen sanieren

Deutschland gestärkt aus der Krise führen

Unser Land ist gut durch die internationale Finanz- und Währungskrise gekommen. Das entschlossene Handeln der Bundesregierung hat die Wirtschaft stabilisiert, Arbeitsplätze gesichert und unsere Währung vor Angriffen von außen bewahrt. Der Preis für diese Stabilität ist eine so noch nie dagewesene Neuverschuldung – als Folge der Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme und der Kurzarbeit. Aber dieser Weg war richtig. Ohne Stützungsmaßnahmen wäre es zu dramatischen Verwerfungen gekommen. Jetzt gilt es, Schritt für Schritt die Verschuldung zurückzuführen und den Weg einer konsequenten Haushaltssanierung zu gehen.

Bedeutung solider Finanzpolitik

Die Schuldenlast in Deutschland ist eine große Herausforderung für diese und künftige Generationen. Nur noch ein kleiner und viel zu geringer Teil der finanziellen Leistungskraft unseres Landes wird in die Zukunft investiert. Zudem werden die demografische Entwicklung in Deutschland – mit einer immer kleineren und älteren Bevölkerung –, die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme uns in steigendem Maße fordern. Deshalb muss der Schuldenstand jetzt entschlossen zurückgeführt werden. Eine Politik, die dem Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgt, stärkt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und Unternehmern in den Wirtschaftsstandort. Denn Schulden von heute sind Steuern von morgen. Die auf Betreiben der CDU-geführten Bundesregierung im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wird einen entscheidenden Beitrag zur mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung und Generationengerechtigkeit leisten.

Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wir wollen ein Land, das die Zukunft seiner Kinder sichert und das nicht auf ihre Kosten lebt. Wir wollen ein Land, in dem der Staat finanziell in der Lage ist, den sozial Schwächeren zu helfen. Staatsverschuldung ist unsozial.

Wie hoch sind die Schulden heute?

Die Gesamtschulden des Bundes, der Länder und der Gemeinden wachsen seit Gründung der Bundesrepublik stetig an – von knapp 10 Milliarden Euro 1950 auf voraussichtlich 1.800 Milliarden Euro in diesem Jahr. Das bedeutet: Auf jeden Bewohner Deutschlands entfallen umgerechnet ungefähr 21.000 Euro Schulden – vom Kleinkind bis zum Greis.

Das Ausmaß dieser Zahl kann auch durch folgende Tatsache veranschaulicht werden: Nähme die öffentliche Hand ab sofort keine Schulden mehr auf und würde gesetzlich verpflichtet, jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, so würde dieser Prozess rund 138 Jahre lang andauern müssen, um den Schuldenberg vollständig abzutragen.

Alle staatlichen Ebenen sind betroffen: Am höchsten ist der Bund verschuldet; auf ihn entfallen 62 Prozent der Staatsschulden. Danach folgen die Länder mit 32 Prozent, die Schulden der Gemeinden schlagen mit 6 Prozent zu Buche.

Was sagt die „Schuldenstandsquote“ aus?

Richtig ist, dass dem Schuldenanstieg auch die gewachsene wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landes entgegengesetzt werden kann. Deshalb gibt die Schuldenstandsquote eine umfassendere Auskunft und lässt sich international besser vergleichen. Die Schuldenstandsquote setzt die Schulden eines Landes ins Verhältnis zur Gesamtzahl aller seiner wirtschaftlichen Leistungen (Bruttoinlandsprodukt).

Die Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr in Deutschland wegen der krisenbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen voraussichtlich einen Wert von knapp 79 Prozent erreichen und nahe am EU-Durchschnitt (80 Prozent) liegen.

Die Spannbreite der Staatsverschuldung reicht in der EU von knapp 10 Prozent in Estland bis 125 Prozent in Griechenland. Auch die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich. Während Schweden oder Dänemark die Schuldenstandsquote in den letzten 15 Jahren von 75 auf etwas mehr als 40 Prozent fast halbierten, hat sie sich in Großbritannien in nur 7 Jahren von weniger als 40 Prozent auf fast 80 Prozent verdoppelt.

Für Deutschland lässt sich die Entwicklung der Schuldenstandsquote so zusammenfassen: Unter CDU-geführten Regierungen der 50er, 60er und 80er Jahre ist es gelungen die Quote zu stabilisieren.

Die größten Anstiege erfuhren die Schuldenstände bisher unter sozialdemokratisch geführten Regierungen. Besondere Lasten, die zu außergewöhnlicher Neuverschuldung führten, entstanden seither im Zuge der Bewältigung der Teilungskosten und zuletzt durch die in der Nachkriegsgeschichte beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise. Noch 2008 wurde die Schuldenstandsquote von der CDU-geführten Bundesregierung gegenüber 70 Prozent im letzten Jahr von Rot-Grün auf 65 Prozent zurückgeführt.

Nunmehr gilt es, an diese ersten Erfolge beim Zurückfahren der Schuldenstandsquote vor der Krise anzuknüpfen und zunächst die Neuverschuldung schrittweise wieder zurückzuführen. Anschließend muss die Schuldenstandsquote durch weitgehend ausgeglichene Haushalte und gleichzeitiges Wachstum erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik nachhaltig gesenkt werden.

Warum Schulden senken?

Ziele einer Politik der konsequenten Entschuldung sind die Sicherung von Zukunftsfähigkeit, Generationengerechtigkeit und Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wird der Verschuldungsgrad nicht zurückgeführt oder steigt er gar noch, müssen wir bis zum Ende des Jahrzehnts mit einem Schuldenstand von etwa 100 Prozent des BIP in Deutschland rechnen. Das heißt, jeder Euro, der dann bei uns erwirtschaftet wird, entspricht einem Euro an Schulden. Die Glaubwürdigkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, stünde auf dem Spiel.

- **Die CDU will, dass unser Staat auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.**

Schulden eines Staates sind keine abstrakte Größe, sondern kosten jeden Tag viel Geld – auch wenn kein Cent zurückgezahlt wird. Wichtig ist zu wissen, dass jeder Euro Schulden jedes Jahr umso mehr kostet, je mehr Schulden insgesamt zu Buche stehen. Denn: Wer Schulden macht, muss Zinsen zahlen. Der deutsche Staat muss schon heute jeden achten Euro, den er durch Steuern einnimmt, für Schuldzinsen ausgeben; der Bund sogar jeden fünften. Kann diese Entwicklung nicht gestoppt und umgedreht werden, führt sie in einen Teufelskreis aus weiter steigenden Schulden und explodierenden

Zinsdiensten. Ein Gemeinwesen, das den Großteil seiner finanziellen Ressourcen für den Zinsdienst der Vergangenheit leistet, hat keine Möglichkeiten mehr, in die Zukunft und damit in die Bewältigung anstehender großer Herausforderungen zu investieren.

- **Die CDU setzt sich darüber hinaus für die Wahrung der Generationengerechtigkeit ein.**

Dazu gehört es erstens, die öffentlichen Haushalte heute so zu konsolidieren, dass auch in einigen Jahrzehnten Gestaltungsspielräume vorhanden sind und nicht nur Schulden verwaltet werden müssen. Zum Zweiten müssen unsere Anstrengungen der Tatsache Rechnung tragen, dass sich für die heutige junge Generation die Lasten aus den Sozialsystemen anders als zurzeit verteilen werden. Zum Dritten muss man darauf achten, dass die verbleibenden finanziellen Möglichkeiten gezielt in Zukunftsbereiche investiert werden, die für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes bestimmend sind.

- **Die CDU will den Zusammenhalt in der Gesellschaft erhalten.**

Die Begrenzung der Verschuldung ist auch eine zutiefst soziale Frage: Nur ein handlungsfähiger Staat kann Bedürftigen und Schwachen wirksame Hilfe leisten und gleichzeitig die Gefahr steigender Inflation, die mit überbordender Staatsverschuldung einhergeht, wirksam bekämpfen. Inflation trifft immer besonders diejenigen Menschen, die nicht so viel haben, dass sie sich größere Wertanlagen leisten können und deren Bezüge und eher kleine Sparguthaben von einer Inflation entwertet würden.

- **Die CDU will die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international verankern.**

Gerade im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist mehr denn je klar geworden, dass wir die internationale Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft brauchen. Der Frage von Verantwortung und Nachhaltigkeit ist im Zuge der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten zuwenig Beachtung geschenkt worden. Wenn wir aber überzeugt sind, dass die Soziale Marktwirtschaft gerade in diesen zwei Fragen die richtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist und besser als andere, müssen wir in der Lage sein, unsere Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Nur so können wir glaubwürdig von auch von unseren Partnerstaaten solide Finanzen einfordern.

Warum erst Geld ausgeben und jetzt sparen?

Die CDU hat die Frage eines Neuverschuldungsverbots bzw. einer Schuldenbremse bereits lange vor Ausbruch der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise diskutiert. Im Ergebnis wurde das Ziel einer Schuldenbremse in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen und später mit der Verankerung ins Grundgesetz in Regierungshandeln umgesetzt. Die Schuldenbremse war und ist für uns ein zentrales Instrument einer nachhaltigen Finanzpolitik sowie zur Erhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit in Not- bzw. Ausnahmesituationen: Sie ermöglicht es, die Verschuldung kurzfristig auszuweiten, bei gleichzeitiger Verpflichtung, anschließend mit Hilfe eines Tilgungsplans auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren.

In der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die CDU-geführte Bundesregierung drei wichtige Maßnahmenbündel verabschiedet:

- Zum einen sind die Hilfen und Bürgschaften im Zusammenhang mit Risiken zu sehen, die als systemisch bezeichnet werden müssen, die also unsere Volkswirtschaft und die Stabilität im gesamten Euroraum bedrohten. Dies gilt einerseits für eine Reihe von Kreditinstituten, deren Pleite unabsehbare Kettenreaktionen auslösen würden. Andererseits gilt dies für Staaten, die durch ihre faktische Zahlungsunfähigkeit den Euro und die Stabilität im Euroraum existentiell gefährdet haben. In diesen Bereichen wurden Bürgschaften eingesetzt, die vorbeugend wirken, und bei denen die Hoffnung besteht, dass sie letztendlich keine Kosten verursachen. Beides dient letztlich dazu, unsere Währung und die Stabilität unseres Geldes zu erhalten.
- Zum anderen wurden in Deutschland – wie in fast allen anderen Industriestaaten auch – massive Maßnahmen zur Stützung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung eingesetzt. Es ging darum, durch staatliche Ausgaben und Investitionen einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung aufzufangen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Die Konjunkturpakete 1 und 2 waren hier wichtige Impulse.
- Schließlich wollen wir auch die Verursacher der Krisen an den Kosten beteiligen: Mit schärferer Kontrolle der Finanzmärkte, einer Bankenabgabe und international abgestimmten Finanzmarktsteuern verfolgt die CDU-geführte Bundesregierung das Ziel, eine Wiederholung der Krisen zu vermeiden.

Die CDU-geführte Bundesregierung war bei der Bewältigung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise besonders erfolgreich, wie die jüngsten Fakten belegen:

- Deutschland ist insbesondere bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bisher deutlich glimpflicher durch die Krise gekommen als alle anderen Industriestaaten. Die Zahl der Arbeitslosen war mit 3,25 Mio. zuletzt um 40 000 niedriger als vor der Krise und sogar um mehr als 200 000 niedriger als vor einem Jahr. Nur in Deutschland ist die Arbeitslosenquote gegenüber dem Frühjahr 2008 gesunken – um 4 Prozent. In anderen EU-Ländern ist sie um teilweise mehr als 400 Prozent, im EU-Durchschnitt um 43 und in den USA um 100 Prozent gestiegen.
- Die Konjunktur zieht wieder an. Im ersten Quartal 2010 wurde mit plus 1,7 Prozent erstmals seit 2008 wieder ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) als im Vorjahreszeitraum erzielt. Zudem gab es in der deutschen Industrie im März mit plus 31 Prozent den dritthöchsten Auftragszuwachs in Europa gegenüber dem Vorjahr. Im Maschinenbau lag dieser Zuwachs zuletzt sogar bei 36 Prozent.
- Die deutsche Inflationsrate lag 2009 mit 0,2 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 1,0 Prozent, und die Neuverschuldung war mit 3,3 Prozent die drittniedrigste im Euroraum – dies hat auch etwas mit der vergleichsweise erfolgreichen Konsolidierungspolitik der CDU-geführten Bundesregierung vor der Krise zu tun.

Diese konjunkturellen Erholungstendenzen zeigen an, dass wir jetzt die Staatshilfen zurückfahren können und auf den Pfad der Konsolidierung zurückkehren müssen. Die Schuldenbremse ist dabei eine wertvolle Unterstützung. Allein der Bund muss bis 2016 sein Defizit um jährlich 10 Milliarden Euro verkleinern.

Konsolidieren – aber wie?

Wir wollen die Last der Sparanstrengungen gerecht verteilen. Zwischen Jung und Alt, zwischen starken und schwachen Schultern sowie zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Vieles muss auf den Prüfstand und hinterfragt werden.

Insbesondere gilt dies aktuell für Finanzmarktakteure, die ihre riskanten Transaktionen zu einem wesentlichen Teil nur deshalb riskierten, weil sie auf eine Absicherung durch die Allgemeinheit setzen konnten, und Staaten, die selbst vor Betrug an ihren Partnern nicht zurückschreckten. Deshalb kommt die Bankenabgabe. Darüber hinaus erfolgt eine auf internationaler wie auf europäischer Ebene abgestimmte Vorgehensweise für eine weitere Kostenbeteiligung der Finanzmarktbranche.

Alle zur Haushaltskonsolidierung getroffenen Maßnahmen sind ausgewogen und stehen immer im Zusammenhang mit strukturellen Reformen. Subventionen und Steuervergünstigungen für Unternehmen werden darauf überprüft, ob sie nachhaltig sind. Die Kernenergiewirtschaft und andere werden zu einem steuerlichen Ausgleich herangezogen. Sozialgesetze kommen auf den Prüfstand, ob sie wirksam genug sind. Bundeswehr und öffentliche Verwaltung leisten darüber hinaus wesentliche Einsparbeiträge.

Die CDU steht für Sparen mit Augenmaß. Wir wollen bei aller notwendigen Konsolidierung den künftigen Generationen Spielräume erhalten. Unser Leitgedanke ist, in Deutschlands Stärken zu investieren. Dazu zählen Kinder und Familien, Bildung, Forschung und Technologie sowie Verkehr. Diese Bereiche sind wesentlich für künftiges Wachstum und Beschäftigung. Sie sind ein wesentlicher Schlüssel zu soliden Staatsfinanzen – auf der Einnahmen- und Ausgabenseite – allerdings nur, wenn es künftig deutlich besser gelingt in „guten Zeiten“ die Schuldenquote in spürbarer Größenordnung zurückzufahren – auch um für Krisen gerüstet zu sein.